

ZEIT FÜR VERÄNDERUNG

Seit eineinhalb Jahren werden Geflüchtete Menschen in Politik und Medien zum gesellschaftlichen Problem Nummer eins erklärt. CDU, CSU und FDP machen sie zu Sündenböcken für eine überforderte Infrastruktur, erklären sie fälschlich und pauschal zu „Illegalen“, stellen sie in den Kontext von Kriminalität und behaupten unermüdlich, weite Teile der Gesellschaft hätten Angst und wollten eine „Migrationswende“. Auch SPD und Grüne haben sich in der Ampelregierung mitreißen lassen und sich bemüht, an den Grenzen, in der Sozialpolitik und bei Abschiebungen Härte zu zeigen.

Die schrecklichen Gewalttaten von Magdeburg oder Aschaffenburg treffen auf eine verunsicherte Gesellschaft, die keine differenzierte Auseinandersetzung mehr führt. Viele wollen kein anderes und kein größeres Problem als die Migration selbst sehen. Darin besteht schon heute der Erfolg der verfassungsfeindlichen und rassistischen AfD: **Jahrelanger Hass und Hetze haben ihre Wirkung entfaltet.**

Die diffamierenden Begriffe und menschenfeindlichen populistischen Forderungen gegen Geflüchtete und Migrant*innen haben Eingang in das Denken und Reden – und in die demokratische Politik gefunden.

 **Menschenrechte wählen!**

NIE WIEDER. DAS ASYLRECHT IST UNSERE HISTORISCHE VERANTWORTUNG

- Während des Nationalsozialismus schlossen viele Staaten die Grenzen für geflüchtete Juden und andere Verfolgte des NS-Regimes und überließen sie schutzlos ihrem Schicksal.
- Weil die Staaten versagt hatten, wurde das Asylrecht als verbindliches Völkerrecht geschaffen.
- Auf der historischen Verantwortung für das Leid von Millionen Menschen fußt auch das deutsche Asylrecht. Die ungeschriebene Botschaft des Grundgesetzes lautet: Nie wieder!

Wenn wir das Asylrecht verteidigen, verteidigen wir uns selbst: Für die Würde eines jeden Menschen. Für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft. Für Rechtsstaat und Demokratie.



www.nds-fluerat.org



<https://www.nds-fluerat.org/ueber-uns/spenden/>

Menschlich bleiben. Geflüchtete schützen. Menschenrechte wählen!

Ende Januar hat die CDU-Fraktion unter Friedrich Merz zwei Anträge in den Bundestag eingebracht, die **rechtswidrige und menschenfeindliche Regelungen** beinhalten: Dazu gehörte die Zurückweisung schutzsuchender Menschen an den Grenzen und ein Gesetz, das hier lebenden, rechtlich geschützten Geflüchteten die Möglichkeit nimmt, Ehepartner*in und Kinder auf legalem Weg nachzuholen.

Dass die CDU, um diese Anträge zu gewinnen, die Unterstützung der Rechtsextremen einkalkulierte, hat zu Recht großes Entsetzen ausgelöst.

Der Inhalt der angestrebten Regelungen wird dagegen kaum diskutiert: Jede Härte gegen schutzsuchende Menschen scheint gerechtfertigt. Das muss sich ändern!



 Flüchtlingsrat
Niedersachsen e.V.

KOMMEN ZU VIELE GEFLÜCHTETE?

- Die Zahl der Asylsuchenden sank 2024 gegenüber dem Vorjahr um 30%. Viele Aufnahmeeinrichtungen stehen leer.
- Asylsuchende stellen seit Jahren jährlich weniger als 20% der nach Deutschland Einwandernden. Um Facharbeiter*innen zu beschäftigen und Renten zu sichern, halten Wissenschaftler*innen eine Einwanderung von jährlich 400.000 Arbeitskräften (plus deren Familien) für notwendig.
- Für eine jahrzehntlang versäumte Wohnungsbaupolitik, fehlende Kitaplätze und vernachlässigte Infrastruktur kann die relativ kleine Gruppe Geflüchteter nicht verantwortlich gemacht werden. Als wirtschaftlich starkes Land muss Deutschland seinen humanitären Verpflichtungen nachkommen und Schutz suchende Menschen aufnehmen.
- Wir haben die finanziellen Mittel. Die Konkurrenz um knappe Ressourcen und leere Kassen in den Kommunen sind ein Problem der ungleichen Verteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft.

BRAUCHEN WIR SCHÄRFERE GESETZE?

- Es gab viele Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungsoffensiven in den letzten Jahrzehnten. Die Realität zeigt: Wer vor Krieg und Verfolgung fliehen muss, lässt sich davon nicht abhalten.
- Maßnahmen wie die Streichung von Sozialleistungen oder die Abweisung Geflüchteter an den Grenzen sind nicht nur unmenschlich. Sie brechen Verfassungsrecht, Völkerrecht und EU-Recht. Ein demokratischer Rechtsstaat tut so etwas nicht.

- Schärfere Gesetze, die den Menschen die Flucht erschweren, verursachen lediglich größeres Leid: Die Schutzsuchenden Menschen müssen gefährlichere Fluchtwege auf sich nehmen. Wenn sie es bis nach Europa schaffen, sollten sie menschenwürdige Lebensbedingungen vorfinden und kein rechtloses Leben unter elenden Bedingungen in Lagern.

HÄTTEN ANTI-ASYL-GESETZE DIE SCHRECKLICHEN MORDTATEN VERHINDERT?

- Jede*r fühlende Mensch empfindet Schrecken und Sorge, wenn furchtbare Gewalttaten mit willkürlich ausgewählten Opfern geschehen. Besondere Angst löst es aus, wenn wir selbst oder unsere Lieben betroffenen sein könnten.
- Für andere bringen wir nicht das gleiche Mitgefühl auf. Zehntausende Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder auf der Flucht werden an Europas Grenzen und im Innern verjagt, gedemütigt, beschossen, verprügelt und vergewaltigt. Wir könnten täglich hinsehen, wenn Menschen ertrinken, verdursten oder erfrieren.
- Um Gewalttaten vorzubeugen, mahnen Fachverbände die Verbesserung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung – auch – von Geflüchteten an. Tatsächlich sind die staatlichen Mittel für die Beratung und Versorgung Geflüchteter gerade gekürzt worden.
- Keine Tat wird dadurch verhindert, dass Zehntausende Unschuldige unter Pauschalverdacht gestellt werden, sie in Massenunterkünften leiden müssen, ihnen die finanzielle Unterstützung entzogen oder dauerhaft die Familienzusammenführung verwehrt wird.

WORÜBER WIRD EIGENTLICH NICHT MEHR GESPROCHEN?

- Das Thema Klimaschutz spielt im Bundestagswahlkampf nahezu keine Rolle – warum eigentlich?
- Die Klimaziele werden von vielen gesellschaftlichen Kräften nicht ernst genug genommen, um sie gemeinsam zu erreichen.
- Bleiben wir weiter untätig, werden extreme Klimabedingungen wie Hitzezonen oder versinkende Staaten weltweit zu Millionen von weiteren Flüchtlingen führen.
- Weitere gesellschaftlich sehr relevante Themen finden im Wahlkampf kaum mehr Beachtung, wie z.B. die fortschreitende ungleiche Wohlstandsverteilung, die Zunahme von Armut und Wohnungslosigkeit oder die Bildungspolitik.

